

Eingangsstatement: Was sind gesellschaftliche Treiber von Ungleichheit?

Silke Ötsch, Priv.-Doz.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ

<http://silke-oetsch.net/>

Auf die Frage “Was sind gesellschaftspolitische Treiber, dass einige Menschen in Überfluss leben und andere in Armut?” findet sich eine Antwort in Thorstein Veblens 1899 erschienenem Werk *Theorie der feinen Leute*: Die von Marx prognostizierte Revolution würde nicht zwangsläufig einsetzen, weil sich die unteren Klassen mit den höheren Klassen identifizieren und ihre Energien darauf verwenden, sich über den Konsum Status verleihender Produkte nach unten abzugrenzen, anstatt darauf, Institutionen zu verändern. Die obere Klasse habe wenig Interesse an einem Wandel. Damit konserviert das System tendenziell die herrschenden Macht- und Eigentumsverhältnisse.

Untere Bevölkerungsklassen rechnen sich – wie Umfragen ergeben haben – tatsächlich eher der Mitte zu und grenzen sich nach unten ab. In einer Denkweise, die Wettbewerb und Erfolg idealisiert, gelten wirtschaftlich Erfolglose als weniger wertvoll. Das erklärt, warum sich viele Verlierer nicht mit Verlierern identifizieren, bzw. sich aus der politischen Gesellschaft zurückziehen.

Dazu kommt, dass Kritik an Reichtum tabuisiert ist. Berichte und Statistiken erfassen Armut ausführlich, erheben aber wenige und lückenhafte Daten über Vermögen. Wenn Armut diskutiert wird, liegt der Fokus häufig auf Maßnahmen zur Integration in den Arbeitsmarkt, auf Bildung oder Anreizsysteme der sozialen Sicherung. Hingegen sehen Diskussionsbeiträge aus den 60er und 70er Jahren die Politik wesentlich stärker in der Verantwortung.

Die Politik hat die Weichen ab den 1970er Jahren in Richtung *Märkte* gestellt, politische Kontrolle zurückgenommen oder eine *Laisser-faire*-Politik betrieben. Damit hat sie ihre Handlungsspielräume selbst eingeschränkt. Diese Wende hat politische, ökonomische und ideelle Hintergründe: In den 1970er Jahren verlangsamte sich das Wirtschaftswachstum der Nachkriegszeit in westlichen Industriestaaten; der Fordismus kam in die Krise. Mit der Abschaffung des Systems von Bretton Woods – dem System der festen Wechselkurse – entstanden Märkte für Finanzspekulation. Es ergaben sich mehr Anlagemöglichkeiten für Kapital jenseits der Realwirtschaft. Dazu kommt die Ölpreiskrise, die u.a. eine Phase der Stagflation auslöst. Die Entwicklung geht einher mit einem wirtschaftstheoretischen Paradigmenwechsel vom Keynesianismus zu neoliberalen Wirtschaftsideologien. Die finanzialisierte Ökonomie oder Begriffe wie der *Shareholder Value* werden Leitideen von Managementstrategien.

Auch Mitte-Links-Parteien der Sozialdemokratie akzeptierten das Primat der Märkte und Finanzmärkte. Märkte sollen im Interesse der unteren Klassen genutzt werden, etwa über *Volksaktien*, Vorzüge von Privatisierung, der Teilprivatisierung der Rentensysteme oder über ein wirtschaftliches Aufholen über Finanzmarktliberalisierung. In angelsächsischen Ökonomien tritt Privatverschuldung an die Stelle von politisch umstrittenen Verteilungsmaßnahmen, indem beispielsweise Voraussetzungen für die Vergabe von Krediten herabgestuft werden, wie es bei den Subprime-Märkten für Immobilien passiert ist. Auch die Soziologie verabschiedet sich vom Begriff der Klasse. Nach Ulrich Beck gibt es nur noch sozial durchlässige Schichten und den *Fahrstuhleffekt*, nach dem es unproblematisch sei, wenn Wenige stärker vom Wachstum profitieren, wenn der Fahrstuhl Alle nach oben befördert.

Heute wirkt das Vertrauen in Märkte naiv. Der Soziologe Oliver Nachtwey ersetzt die Metapher des Fahrstuhls durch das Bild einer *abwärts fahrenden Rolltreppe*: Wer im Erwerbsleben nicht zurückfallen will, muss ständig die Rolltreppe emporlaufen; Stillstand bedeutet Abstieg. Die Metapher steht für eine Wirtschaft (wie der deutschen, vermutlich bald auch der österreichischen), in der Beschäftigungs- und Einkommenszuwächse nicht zu einem Sinken der Einkommensungleichheit geführt haben. Mehr Personen arbeiten, aber ein

größerer Anteil im prekären Sektor. Zugleich besteht eine Tendenz der aktivierenden Sozialpolitik darin, Individuen für die eigene missliche Lage verantwortlich zu machen.

Die Gegenseite der Armut – das Reichtum und sich abgrenzende Eliten – liegt weniger im Blickfeld. Dabei zeigt die Eliteforschung, dass eine zunehmend entkoppelte Elite entsteht, die gesellschaftliche Entwicklungen im Eigeninteresse gestaltet. Wie Michael Hartmann und andere zeigen, werden Führungspositionen in der Wirtschaft, in letzter Zeit auch in Politik und an Universitäten, zunehmend von Personen aus dem gehobenen bürgerlichen Milieu besetzt. Führungspersonen neigen unbewusst dazu, Posten mit Personen zu besetzen, die ihnen ähnlich sind. Es geht nicht primär um messbare Leistungen (etwa Noten), sondern um soziales und kulturelles Kapital, bzw. nach Bourdieu den *Habitus*, d.h. von Kindheit an inkorporierte Verhaltens- und Lebensformen. Nach einer neuen Studie von Neckel, Hofstätter und Hohmann hat sich eine neue globale Klasse von Professionellen in der Finanzwirtschaft herausgebildet. Diese Klasse verfügt über globale Standards und Muster, die über weltweit verbindliche Curricula an Business Schools vermittelt werden, und durch digitale Kommunikation in der Community. Diese globale Finanzklasse unterscheidet sich deutlich von anderen Bevölkerungsgruppen. Sie orientiert sich an kosmopolitischen Werten, die für Marktöffnung stehen und kurzfristige, auf Effizienz und Gewinnorientierung ausgelegte Geschäftsmodelle rechtfertigen.

Der überproportionale Einfluss von Reichen ist demokratiepolitisch besonders problematisch, wenn diese Gruppe über Think Tanks und Campaigning Einfluss nimmt, insbesondere wenn sie verdeckte Methoden anwendet wie den Einsatz von Fake News, Microtargeting oder Astroturfing (die Unterwanderung von NGOs oder Gründung künstlicher NGOs). So haben beispielsweise die in Erdölgeschäften tätigen Koch-Milliardäre rund 40 Stiftungen gegründet oder gefördert, die *Tea Party* unterstützt und die Bewegung der Klimawandelleugner befeuert. Der rechtsradikale Steve Bannon, ehemaliger Berater Trumps und Ex-Chefredakteur der rechtsextremen Breitbart-News, plant mit seiner Stiftung *The movement – le mouvement* in Brüssel, als nächstes die Europawahlen zu beeinflussen. Ziel sei die Zerschlagung der EU – so Bannon in einem Interview. Die AfD soll eine Parteistiftung mit 900 Mitarbeiter*innen bekommen, finanziell unterstützt von Unternehmern (u.a. Mövenpick).

Rechtspopulistische und -extreme Strömungen haben gerade unter Personen mit niedrigem Einkommen überproportional viel Zulauf. Es handelt sich um Personen, die den Eindruck haben, dass ihre Leistungen nicht ausreichend gewürdigt worden sind, um Personen in absteigenden Regionen mit tendenziell niedriger Bildung. Das erscheint absurd, weil Rechtsparteien derzeit für eine Wirtschaftspolitik stehen, die den materiellen Interessen der Armen schadet. Der Eindruck, die Politik habe die Kontrolle über die (Finanz-)wirtschaft verloren, führt dazu, dass Personen autoritäre Führer*innen suchen, die durchgreifen.

Max Webers Begriff der *sozialen Schließung* kann helfen, das Phänomen zu erklären: Schließungstendenzen setzen insbesondere in Krisensituationen mit begrenztem Zugriff auf Ressourcen ein, wenn eine Gruppe andere Menschen aufgrund beliebig gewählter Eigenschaften ausgrenzt (z.B. Rasse oder Nationalität, Geschlecht, Religion), so dass mehr Ressourcen für Insider bleiben. Zweitens kann eine Gruppe Zugänge zu Positionen oder Ressourcen monopolisieren.

Die nach der Finanzkrise einsetzende Kritik an ungleicher Verteilung und der Nicht-Kontrolle von Unternehmen und Finanzakteur*innen hat dazu geführt, dass die Politik zumindest bescheidene Marktregulierungen angeht (Mindestlohn, Energiewende, Finanzmarktregulierung, Bekämpfung von Steuerflucht). Ungleichheit wird mittlerweile auch von Teilen der Konservativen als Gefahr gesehen. In einem doppelten Schließungsprozess versuchen derzeit Teile der "alten Eliten" den Zugriff auf Ressourcen zu monopolisieren, bzw. möchte sie Privilegien nicht aufgeben. Den dafür benötigten politischen Rückhalt erzielt sie durch ein Bündnis mit Personen, die an einer Schließung nach Außen interessiert sind und Ausländer*innen, "Sozialschmarotzer", Frauen etc. ausgrenzen. Es ergibt sich ein seltsam erscheinender Mix libertaristischer bzw. marktkonformer und völkischer Politiken der Rechtspopulisten und rechtsradikalen Parteien.

Eine Politik, die Probleme wie zunehmende Ungleichheit oder die durch die Umweltkrise nachhaltig bekämpfen will, kommt nicht umhin, das Primat von Märkten über die Politik zu hinterfragen.